

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,  
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Frh. Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rübelfraße 16  
Fernsprecher S.-N. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### Rationalisierung und Preise

In der Eingabe, die die Spitzenverbände der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 10. Februar an Regierung, Reichstag und Reichswirtschaftsrat gerichtet haben, wie auch in anderen ihrer Kundgebungen, ist bekanntlich der Schwerpunkt auf die Tatsache gelegt, daß trotz der nun schon seit Jahren betriebenen Rationalisierung, die so massenhaft Arbeiter brotlos gemacht hat, immer noch keine fühlbare Senkung der Preise eingetreten ist, jedenfalls nicht groß genug, um die Kaufkraft der breiten Massen erheblich zu steigern und auf diesem Wege durch Vermehrung des Absatzes den Arbeitslosen wieder Beschäftigung zu verschaffen. Es steht sicherlich hiermit im Zusammenhang, wenn die Deutsche Arbeiterzeitung am 6. März gleich zweimal das Gegenteil behauptet. Im Leitartikel bezeichnet sie als ein wesentliches Ziel der Kapitalzusammenschlüsse die "Senkung der Produktionskosten und damit der Preise". Das ist sehr unvorsichtig von dem "Zentralblatt der deutschen Arbeitgeber". Bisher haben die Unternehmer und ihre Presse immer nur von einer Senkung der Produktionskosten gesprochen und haben es dem Hörer beim Leser überlassen, die Senkung der Preise — als selbstverständliche Folge — sich selbst hinzuzudenken. Und das ist ja gerade die Beschwerde der Gewerkschaften, daß allerdings die Produktionskosten, aber nicht die Preise gesenkt worden sind. Dem glaubt nun das Unternehmerblatt zu begegnen, indem es in einer besonderen Notiz schlanke Weg das Gegenteil behauptet: Die Rationalisierung mache sich auf dem industriellen Arbeitsmarkt bereits erheblich bemerkbar und die Kaufkraft der Bevölkerung sei gestiegen!

Will sich das Blatt der Bekümmerten über den Hunger der Arbeitslosen noch lustig machen? Drängen wir jedoch die Empörung zurück, die solche dreiste Behauptung unwillkürlich auslöst, und versuchen wir, die vorgebrachten Beweisgründe rein sachlich zu prüfen.

Daß die Zahl der unterstühten Erwerbslosen gestiegen ist, muß die Arbeiterzeitung natürlich zugeben. Aber, so meint sie, das liege nur an der Abnahme der Beschäftigung in der Landwirtschaft und im Baugewerbe. Dagegen habe der eigentlich industrielle Arbeitsmarkt "eine große Widerstandskraft bewiesen". Die angeblich steigende Kaufkraft aber schließt das Blatt aus der Tatsache, daß diejenigen Verbände am wenigsten Arbeitslose haben, die für den Bedarf der breiten Masse arbeiten, wie Friseur, Lebensmittelarbeiter, Buchdrucker.

Offenbar ist dies eine recht gekünstelte Beweisführung. Wenn Friseur, Buchdrucker usw. gut beschäftigt sind, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß es die Masse der Beschäftigten ist, die ihre Dienste in Anspruch nimmt. Daß Produktion, Warenabatz usw. seit der Mitte des vorigen Jahres erheblich zugenommen haben, das wissen wir, und daß das Kapital reichlich Fett davon schöpft, beweisen die steigenden Aktienkurse und Dividenden. Die Käufer für all die schönen Sachen brauchen wir also nicht weit zu suchen. Es sind die Profit- und Dividendenhunger. Wie es jedoch um die Kaufkraft der breiten Masse bestellt ist, dafür liegen genug Zahlen vor.

Schlagen wir zum Beispiel das soeben erschienene neueste Vierteljahrsheft des Instituts für Konjunkturforschung auf, so finden wir darin u. a. folgende Angaben: Die Lebenshaltungskosten betragen (in % der Vorkriegszeit)

	1926		1927	
	Januar 1926	Januar 1926	Dezember 1926	Januar 1927
Gelernte	45,98	45,98	46,36	46,40
Ungelernte	33,92	33,92	34,34	34,47

Sie sind also in dem Jahr um 3,8 % teurer geworden. Dagegen belief sich der tarifmäßige Wochenlohn auf

Nach Adam Riese ist das für die Gelernten eine Zunahme um noch nicht ganz 1 %, für die Ungelernten eine solche um 1,6 %. Sehen wir als Durchschnitt 1,3 %, so ergibt sich, daß die Preise der Lebenshaltung um fast dreimal so viel gestiegen sind als der Arbeitslohn. Das heißt mit anderen Worten: Die Kaufkraft der beschäftigten Arbeiter ist in entsprechendem Maße kleiner geworden, wozu außerdem noch die Verringerung der Kaufkraft durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit kommt.

Damit erlebte sich auch die andere Behauptung der Arbeiterzeitung von den angeblich gesunkenen Preisen. Es ist richtig, wenn man den Index der Großhandelspreise in seine Bestandteile zerlegt, dann sind die Fertigfabrikate billiger geworden, und darauf beruft sich das Unternehmerblatt. Aber was will das besagen, wenn nicht nur die anderen Großhandelspreise, namentlich für Erzeugnisse der Landwirtschaft, so stark gestiegen sind, daß insgesamt doch eine Erhöhung herauskommt, sondern wenn überdies — wie oben gezeigt — die teilweise Senkung der Großhandelspreise keinen Einfluß ausgeübt hat auf die Kleinhandelspreise, auf die Kosten der Lebenshaltung! Änderung der Großhandelspreise allein bedeutet nur ein Hin- und Herbewegen des Profits zwischen verschiedenen Teilen der Kapitalklasse. Für die Kaufkraft der Massen kommt es lediglich auf die Kosten der Lebenshaltung an. Und wie es um die bestellt ist, haben wir oben gesehen.

Wie endlich noch die Frage, inwieweit die Zunahme der Arbeitslosigkeit durch die Saisongewerbe verursacht ist. Da dies eine sehr wichtige Angelegenheit ist, die einer sorgfältigen Durchsicht des Materials bedarf, wollen wir sie demnächst in einem besonderen Aufsatz behandeln.

S. H. u. s.

### Schutz und Schirm im Alter

Im verflossenen Jahre, vor unserm Verbandstag in Bremen, ist in diesen Spalten die Einführung der Altersversicherung ausführlich erörtert worden. Sie wurde in dringlichen Worten mit guten Gründen gewünscht. In fast allen Zuschriften lehnte der Hinweis auf die steigende Zahl der beschäftigungslosen alten Kollegen und auf die Erbarmlichkeit der staatlichen Altersfürsorge wieder. Das Gewicht dieser beiden Gründe hat sich inzwischen nicht im geringsten gemildert. Die Rationalisierung wirkt Hunderttausende von noch arbeitsfähigen Menschen auf die Straße. Daß dies in erster Linie mit älteren und alten Leuten geschieht, bedarf keines Beweises. Die mit erheblicher gesteigerter Schnelligkeit und in immer wilderer Dastischaffende Industrie will junge, höchsten Profit verheißende Kräfte haben. Was aus denen wird, die diese Voraussetzung nicht mehr ganz zu erfüllen scheinen, kümmert die Nutznießer der menschlichen Ausbeutung nicht im geringsten. Ob sie hungern und verkommen, ist ureigenste Sache der Opfer unserer herrlichen kapitalistischen Ordnung.

Dieser Meinung ist auch die Obrigkeit des Staates, dem laut Verfassung der Schutz der menschlichen Arbeitskraft besonders obliegen soll. Er speist arbeitsunfähige oder über 65 Jahre alte Arbeiter mit höchstens dreißig Mark den Monat ab. Hundert Reichspfennige den Tag für einen Mann, der sein ganzes Leben fleißig geschafft und von seinem sauer verdienten Großen die Beiträge für die Sozialversicherung prompt entrichtet hat! Daß das eine glatte Verhöhnung der vielgepriesenen deutschen Sozialpolitik ist, liegt auf der Hand. Was kümmert aber das die herrschende Klasse und ihre Regierung? Jene schwagt heuchlerisch von einer Überlastung der Wirtschaft durch die Sozialpolitik, diese behauptet dreist, für die Aufbesserung der Alters- und Invalidenrenten sei kein Geld da. O, Geld ist genug da, aber eben nicht für die notleidenden Arbeiter. Wenn es gilt, dem Unternehmertum Millionen zuzuschlagen oder den Militarismus zu mästen, hat es noch nie an Geld gespart. Hierin eine Änderung zugunsten der Opfer der kapitalistischen Ordnung durchzuführen, ist vorberhand unmöglich, weil es immer noch Millionen Arbeiter gibt, die an der Wahlurne für ihre Gegner stimmen.

Es bleibt daher den Arbeitern nichts anderes übrig, als selbst Vorkehrung für die alten Kollegen zu treffen. Diese Notwendigkeit ist in den Zuschriften an unsere Zeitung immer und immer betont worden. Das Verlangen nach einer Altersversicherung kam auch in einer langen Reihe von Anträgen zu unserm letzten Verbandstag zum Ausdruck. Der Bremer Verbandstag hat dieses Verlangen als wohlberechtigt anerkannt, doch konnte er ihm noch nicht stattgeben, weil damals die wirtschaftlichen Verhältnisse noch zu unübersichtlich, noch zu ungewiß waren. Daß dies tatsächlich der Fall war, bezeugt die kurz nach Bremen mächtig emporschwellende Arbeitslosigkeit mit ihrer ungeheuren Anforderung an die Gewerkschaftskassen. Immerhin versprach der Verbandstag, die Sache

eingehend zu prüfen und bis zum nächsten Verbandstag dem Verlangen der Mitglieder soweit wie irgend möglich Rechnung zu tragen.

Das Versprechen reift nun zur Tat. Wie aus dem anderen Stelle dieser Nummer zu findenden Bericht über die Beratung unseres Erweiterten Beirates ersichtlich ist, stellt der Verbandsvorstand bis zum nächsten Verbandstag eine Vorlage für die Alters- und Invalidenversicherung in Aussicht. Diese Mitteilung wurde vom Erweiterten Beirat freudig begrüßt, wobei er den Wunsch zu erkennen gab, daß die Vorlage zeitig veröffentlicht werden möge, damit die Mitgliedschaft Gelegenheit zur Prüfung und Verbesserung erhalte.

Mit der Entschlebung des Erweiterten Beirates tut der Verband einen neuen und höchst bedeutsamen Schritt auf dem Gebiete der Fürsorge für seine Mitglieder. Er ist gewillt, nicht nur den streikenden, kranken, erwerbslosen und reisenden, sondern auch den alten und invaliden Mitgliedern eine Stütze zu sein. Damit wird eine oft beklagte Lücke im gewerkschaftlichen Unterstützungswesen ausgefüllt. Rünftig werden die Mitglieder an ihrem Verbands eine Stütze auch im Alter und bei Invalidität finden. Und diese Stütze wird um so stärker sein, je länger das Mitglied dem Verbands angehört. Eine Tatsache, die geeignet ist, die Kollegen zu bestimmen, dem Verbands frühzeitig beizutreten und ihm ununterbrochen treu zu bleiben.

Mit der Fürsorge für die alten und invaliden Mitglieder war indes die fürsorgende Tätigkeit des Erweiterten Beirates noch nicht erschöpft. Er bekräftigte auch den Vorschlag des Vorstandes, von der vierzehnten Woche des laufenden Jahres ab die schon in Kraft befindlichen Unterstützungen auf den statutenmäßigen Satz zu erhöhen. Die Einzelheiten hierüber sind gleichfalls in dem Verhandlungsbericht nachzulesen. Es kann ohne weiteres angenommen werden, daß dieser Entschluß gleichfalls einem dringlichen Wunsche der gesamten Mitgliedschaft entspricht. Denn dadurch erhält jeder bezugsberechtigter Kollege sofort ein Mehr an Unterstützung bei Erwerbslosigkeit, Krankheit usw.

So werden denn die Entschlüsse des Erweiterten Beirates in zweifacher Hinsicht Segen stiften. Zum ersten dadurch, daß durch die Erhöhung der bisher geltenden Unterstützungen die mannigfaltige Notlage der Mitglieder gemildert wird, zum anderen dadurch, daß durch die Schaffung einer Altersversicherung den Mitgliedern Schutz und Schirm gesichert ist im Alter und Invalidität, kurz in der Zeit, wo sie der Beihilfe am meisten bedürfen. Beiden Neuerungen wird, das sind wir gewiß, die Anerkennung der Mitglieder nicht verlagert bleiben. Sie werden die Anerkennung ausdrücken durch noch nachhaltigeres Werben für den Verband und durch noch innigere Anhänglichkeit.

Hilfe gegen Hilfe, Treue gegen Treue!

### Die Sozialpolitik im Reichstag

Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter

Die Beratungen über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums sind beendet. Bei diesen Beratungen plähten, wie so oft, zwei Weltanschauungen aufeinander, zwischen denen es in der Wertung des Menschen und der menschlichen Arbeitskraft keinen Ausgleich gibt. Auf der einen Seite der Unternehmer, dem die menschliche Arbeitskraft immer nur eine Sache der Bereicherung ist; auf der andern die Arbeiter, denen die Arbeitskraft ihre einzige Ware ist, die sie zur Erhaltung ihres Lebens verkaufen müssen. Zwischen diesen beiden Polen spant denn auch die Sozialpolitik ihre vielgestaltigen Fäden zu einem Netz, das unter dem wirtschaftlich Schwachen hängen und ihn vor völliger Vernichtung bewahren soll. An der Güte und Dichtigkeit dieses Netzes kann man den Wert und die Besserungsnötwendigkeiten der sozialen Maßnahmen ermessen.

Die Aufgabe der Arbeitervertreter im Reichstag besteht immer wieder darin, die Mängel und Fehler dieses Netzes schonungslos aufzudecken und durch Forderungen und Anträge auf Abhilfe zu drängen. Die Bürgerblockparteien zeigten ihre arbeiterfeindliche Einstellung bereits bei der Forderung der Redezeit. Mit dreister Offenherzigkeit benutzten sie ihr zahlenmäßiges Übergewicht, um die Redezeit auf ein lächerlich geringes Maß abzumwürgen. Die sozialdemokratischen Anträge auf gleichzeitige Behandlung des Arbeitszeitgesetzes wurden ebenso kühnhaftig beiseite geschoben. Welche Loren! Hat man jemals durch solche Maßnahmen die Stimme des Rechts, der Menschlichkeit töten können?

Als weithin sichtbares Zeichen für die Wertung der Sozialpolitik steht die unauslöschliche Tatsache, daß die gesamten Ausgaben des Reiches für soziale Maßnahmen von 1 Milliarde 119 Millionen im Jahre 1926 auf 718,8 Millionen im Jahre 1927 gekürzt sind. Weder die Entwicklung der Wirtschaft noch die Lebenshaltung hat sich in Deutschland auch nur annähernd so verschoben, daß eine Kürzung um rund 400 Millionen für diese Ausgaben irgendwie zu rechtfertigen wäre.

Da mit dem Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung zum 1. April nicht mehr zu rechnen ist, bewegten sich die Angriffs- der Sozialdemokratischen Fraktion zunächst gegen den viel zu schwachen Aufwand zur Unterstützung der Erwerbslosen. Der Erfolg blieb hierbei nicht völlig aus, denn der Reichsarbeits-

minister erklärte sich bereit, die erforderlichen Summen bei der 3. Lesung nachzufordern.

Das Problem der Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der Arbeitszeitfrage erfuhr eine ägende Kritik. Besonders der durch den Kollegen Krüger (Merseburg) erstattete Bericht des 8. (Wirtschaftlichen) Ausschusses über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung ließ einen Blick tun in die empörende Unfähigkeit und Schwerefälligkeit der Bürokratie. Ich habe bereits beim Erscheinen der ministeriellen Denkschrift über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen deren völliges Versagen geschildert.

Die Beratungen über die Praxis bei den Spruchbehörden der Versicherungsträger wie auch im Arbeitsvertragsrecht zeigten wieder einmal in drastischer Weise den erheblichen Mangel an sozialem Pflichtbewusstsein bei vielen in der Sozialpolitik teilhabenden Menschen und Behörden. Daß der gleiche Mangel auch in hohem Maße an den einzelnen Produktionsstätten herrscht, zeigten die von den sozialdemokratischen Rednern angeführten Betriebsunfälle. Danach haben sich die gemeldeten Unfälle von 459.574 im Jahre 1923 auf 645.974 im Jahre 1924 vermehrt. Das ist eine Steigerung von 40 % in einem Jahre. Diefelbe erschütternde Tatsache steht für das Jahr 1925 fest: denn in den Berichten der Gewerbeaufsichtsdirektoren wird von allen Bezirken eine weitere gewaltige Steigerung der Unfälle gemeldet. So meldet allein die Stadt Berlin eine Steigerung von 63 %, die Regierungsbezirke Oberschlesien 65 %, Köln 57 %, Hildesheim 44 %, das Land Anhalt 41 %. Das sind nur einige Beispiele.

Diese erschütternden Zahlen, die einmal das Ergebnis einer rücksichtslosen Untertreibung sind, können sich andererseits nur entwickeln unter der in Deutschland völlig unzureichenden Gewerbeaufsicht. Aus Preußen ist bekannt, daß die Zahl der untersuchten Betriebe von 50 % im Jahre 1923 auf 39,9 % im Jahre 1924 und 39,7 % im Jahre 1925 zurückgegangen ist. Wie wichtig aber diese Kontrollen sind, zeigt die Tatsache, daß bei den 192.000 Untersuchungen in allen außerpreussischen Ländern 26.833 Zuwiderhandlungen gegen Schutzbestimmungen festgestellt wurden. Das heißt also nachstern und kalt, daß jede siebte Untersuchung eine Zuwider-

Handlung am den Tag brachte. Eine nachhaltigere Begründung konnte die Sozialdemokratische Fraktion durch ihren Redner nicht geben für die gewerkschaftliche Forderung nach einer so ausgiebigen Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten, damit jeder Betrieb wenigstens einmal im Jahre besucht werden kann. Bei der scharfen Kritik an den Verträgen der Ausschüsse verlangte ein sozialdemokratischer Arbeiter deren Ausbau. Der Antrag verlangte Feststellungen über die Wirkung der neuesten Fabrikationsweise am Fließband und Prüfung der Frage, in welcher Weise die Rechte der Ausschüsse durch Änderung der Gewerbeordnung erweitert werden müssen. Daneben sollten besonders geeignete Gewerbeärzte angestellt werden, denen die Prüfung der Schädigungen obliegen soll, die infolge der geistig-seelischen und körperlichen Ermüdung bei den neuen Arbeitsarten vorhanden sind. Schließlich wurde eine organische Neuregelung der gesamten Gewerbeaufsicht für alle Zweige des Arbeitsschutzes im reichsrechtlichen Sinne gefordert, in dem es heißt: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reiches.“

Als in diesem Vielerlei sozialpolitischer Fragen die Redner der Sozialdemokratie immer wieder am Rednerpult aufmarschierten, um auch die letzte Minute der viel zu kurzen Redezeit zu nutzen, begnügten sich die Bürgerblockparteien gar zu oft mit nichtsagenden Erklärungen.

Am Schluß der Abrechnung! Das Wort hat der Reichsarbeitsminister. Rost, mit immer lächelndem Madonnengeheil. Er fällt „ich heute gut. Minister fallen überhaupt immer gut. Wie die Butterbrote: gewöhnlich auf die gute Seite. Er verspricht. Nach links, nach rechts, nach der Mitte. Wer denkt nicht an Ostia? „Stets ist die Sprache lecher als die Tat,“ wenn er als das Ziel der Sozialpolitik nicht nur die materielle Sicherung, sondern die kulturelle Erhebung der Menschheit preist. Einstweilen sind die Anträge fast alle dem Sozialpolitischen Ausschuss zur Beratung überwiehen. Aber das wahre Gesicht des Bürgerblocks wird sich bei den Beratungen niemand in unklaren sein. Wir werden dann wiederum den Arbeitsminister etianera an seine schönen Worte. Wenn der Arbeiterführer nicht mit dem Tierisch auf einer Stufe stehen soll, dann darf er nicht nur Schutz gegen körperliche Unbillen, sondern er muß auch Schutz für die freie Entwicklung des Geistes sein, Schutz gegen den Versuch, die Kräfte im Menschen zu töten, die nach einer Verbesserung nicht nur seiner eigenen Lage, sondern der ganzen Gesellschaft streben. Mit einem Wort: Arbeiterschutz muß Menschenschutz sein. D g o h l.

### Der Geschäftsbericht des Stahltruffs

Die Vereinigten Stahlwerke A.-S. hat ihren Geschäftsbericht für das erste Halbjahr ihres Bestehens veröffentlicht. Er bringt zum Ausdruck, daß die an den Vereinigten Stahlwerken beteiligten Konzerne mehr denn je von der Richtigkeit ihres Schrittes überzeugt sind. Weltweit erfolgte die Gründung von Zweigen der Nationalisierung. Durch den Zusammenschluß vieler Betriebe wurden die mit veralteten Einrichtungen und solchen, die technisch ungünstig lagen, außer Betrieb gesetzt. Dadurch konnten die Verwaltungskosten wesentlich herabgedrückt werden. Der ganze Plan lief auf einen unerhörten Abbau von Arbeitern und Angestellten hinaus. Wenn auch der Bericht zum Ausdruck bringt, daß die Zahl der Angestellten um 450, die der Arbeiter um 14000 höher geworden ist als zur Zeit der Gründung, so muß hierbei die Einbeziehung weiterer Betriebe und Konzerne berücksichtigt werden.

Inwiefern ist nun der Hauptzweck der Gründung des Truffs, die Produktionssteigerung erreicht worden? Hierüber sagt der Geschäftsbericht, daß bezüglich der Fehden trotz Stilllegung weniger ergeblicher Anlagen die Förderleistung innerhalb des halben Jahres um 30,8 vH zunahm. Leider gibt der Bericht die genaue Zahl der heute beschäftigten Bergarbeiter nicht an. Die Belegschaftsteigerung bei den Fehden des Stahltruffs wird jedoch kaum über die des gesamten Ruhrgebietes hinausgehen. Diese betrug jedoch in derselben Zeit nur 7,1 vH. Es verbleibt demnach eine Steigerung der Fördermenge von 23,7 vH, die auf technische und organisatorische Maßnahmen, in der Hauptsache jedoch äußerlich auf die Anpassung der menschlichen Arbeiterschaft zurückzuführen ist. In den Spätkonjunkturjahren ist die Leistungssteigerung noch viel größer. In dem Bericht heißt es, daß auf der August-Hypothese in Hamburg sich die Kohlenförderung bei völlig unveränderter Belegschaftszahl um 75 vH, in Segen um 100 vH gesteigert habe. Die Produktion an Koksseisen in allen Betrieben des Truffs stieg in den sechs Monaten um 48 vH, die an Rohstahl um 51 vH. Es soll nicht verkannt werden, daß die Betriebe, die dahin imstande der geringen Nachfrage keine Möglichkeit hatten, ihre Produktion so zu steigern, wie es möglich war; aber Leistungssteigerung und Belegschaftsteigerung stehen doch in einem so unvollständigen Verhältnis, so daß es sich lohnt, hierauf etwas näher einzugehen.

Die Steigerung der Gesamtbelegschaft betrug 9 vH, die der Kohlenförderung aber 30,8 vH, der Erzförderung 169,4 vH, der Koksseisenzeugung 48 vH und der Rohstahlerzeugung 51 vH. Die hohen sich drangeschoben die Verdienste der Arbeiter und Angestellten gehoben? Der Bericht sagt darüber, daß sich der Lohn des einzelnen Arbeiters um 20 vH gesteigert habe, und zwar ohne Erhöhung der Tariflöhne. Bedingt für den Bergbau sei ab 1. September eine tarifliche Erhöhung von 4 vH eingeleitet. Zunächst muß bezweifelt werden, daß sich die Verdienste der Arbeiter um 20 vH gesteigert haben. Aber selbst wenn dies der Fall wäre, wo bleibt dann der Anteil der über 20 vH hinausgehenden Steigerung? Diese Frage ist um so berechtigter, als sich die Perspektiven des Bergbaus weiter abwärts haben durch Erhaltung des Anstandes für Verwaltung, Betriebsführung, Frachtkosten, Eisen usw. Sind diese Erparnisse die die das Mehr der Förderung der Gesamttruff zugute gekommen, oder doch der Arbeiterschaft in Gestalt von höherem Lohn und kürzerer Arbeitszeit?

Über die aus dem Geschäftsbericht nichts zu ersehen. Statt dessen eine Warnung vor „neuralgischen Experimenten“:

„Schließlich heißt es in dem Bericht, wird das Schicksal der deutschen Eisenindustrie wie der gesamten deutschen Wirtschaft maßgebend werden von der künftigen Entwicklung der inneren deutschen Arbeitsverhältnisse. Es war immer wieder mit Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß eben erst die Grundlagen geschaffen worden sind für eine rasche Weiterentwicklung unserer Wirtschaft. Die Voraussetzung, diese Grundlagen durch neue sozialpolitische Experimente — vor allem auf dem Gebiete der Arbeitsregelung — zu erschüttern, kann auch Überzeugung der Industrie keine vernünftige Stelle in Deutschland haben.“

Diese Sorge hatten wir für völlig unbegründet. Die mit der Leistungssteigerung verbundenen Effizienzsteigerungen bieten die Gewähr dafür, daß die Industrie in der Lage ist, den Anstandsbedarf unter gleichzeitiger Erhaltung des Lohnniveaus wieder einzufügen. In der Eisenindustrie heißt gegenwärtig eine durchschnittliche Arbeitszeit von durchschnittlich 60 Stunden. Die Verdienste auf 24 Stunden betragen 2 vH. Im gleichen Verhältnis würde sich der Lohnanteil an den Erzeugnissen steigern, der bekanntlich nur einem Bruchteil der Gesamtlohnkosten ausmacht. Bedenkt man, daß dadurch ein größerer Teil der Erzeugnisse wieder in den Produktionsprozess einfließt und damit wieder konsumiert gemacht wird, daß die sozialen und menschlichen Aufgaben der Betriebe entsprechend, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß die Industrie ohne Schaden zu nehmen den Anstandsbedarf wieder einfügen und den Nutzen der Kapitalgesellschaften ertragen kann. Das will man denn

# Die Weltwarenschau

## Betrachtungen, Lehren und Ergebnisse der Leipziger Frühjahrsmesse

Leipzigs Großmesse hat man das Wirtschaftsbarometer genannt, an dem Hoch- oder Tiefdruck der Wirtschaft abzulesen ist. Für Deutschland gilt die Messe als Messer des Beschäftigungsgrades, der im kommenden Jahre zu erwarten ist. So ist die Beachtung verständlich, die die Leipziger Frühjahrsmesse erfährt, zumal in der Zeit großer Arbeitslosigkeit und schwacher Wirtschaft. Aber nicht nur für Deutschland ist die Messe ausschlaggebend, sie hat sich vielmehr zur Weltwarenschau entwickelt und ist richtunggebend für den internationalen Warenaustausch geworden.

Im internationalen Warenaustausch kann jetzt von drei großen, zusammengehörigen Einrichtungen gesprochen werden, die der Festigung der Welt handelsbeziehungen dienen sollen. Als erste gilt die internationale Handelskammer mit dem Sitz in Paris — der nun auch Deutschland beigetreten ist —, die die Aufgabe hat, die Handelsbeziehungen der Länder zu fördern und Verbesserungsvorschläge für den Handelsverkehr und das internationale Handelsrecht zu machen. Die Vorschläge der Pariser internationalen Handelskammer gehen an die in Genf tagende Weltwirtschaftskonferenz, auf der die Staaten durch offizielle Abgeordnete und Sachverständige vertreten sind, die Staatsverträge vorbereiten und den Versuch machen, die Länder wieder wirtschaftlich einander näherzubringen. Die dritte Einrichtung, die der Verständigung der Völker dient, dadurch, daß sie die Völker im Warenaustausch direkt zusammenführt, ist die Leipziger Messe. In der internationalen Handelskammer und auf der Weltwirtschaftskonferenz wird beraten, Erfahrungen und Ansichten ausgetauscht und Verträge ausgearbeitet und auf der Leipziger Messe wird der praktische Warenaustausch getrieben. Der Warenaustausch dient der Völkerverständigung im höchsten Maße, hier treten die Völker in friedlichen Wettbewerb zueinander. Das ist die große Bedeutung der Leipziger Weltwarenschau.

Die Leipziger Messe hat unstrittig große Erfolge gebracht. Eine weitgehende Gesundung der Weltwirtschaft ist festzustellen. Einmal hat das den Grund darin, daß alle Völker wieder zu geordneten Handelsbeziehungen zurückkehren, die Kriegsjahren langsam überwunden werden und auch der Haß, der als Kriegsfolge sich in besonderer gegen deutsche Waren und Erzeugnisse ausstobte, zu verfließen beginnt. Blockaden und Handelsbeschränkungen sind gefallen und Handelsverträge und Wirtschaftsabkommen sind geschlossen worden, unter deren Schutz sich der Handel und Warenaustausch wieder vollziehen kann. Dann sind aber auch die Preisunterbietungen der valutarisierenden Länder zurückgedrängt worden. Die Inflationswellen der verschiedenen Länder sind abgeebbt und damit die Schauplattformen auf dem Weltmarkt beseitigt. Auch die Übersetzung der Preise, die als Folge des durch die Inflation begünstigten ungelunden Handels und als Sucht nach schnellster Kapitalneubildung anzuprehen ist, scheint überwunden, denn die Preisstöße der Waren galt allgemein als annehmbar ausgeglichen. Die Spekulation muß unter solchen Verhältnissen die Segel streichen.

Weg im Vorjahr wurde versucht, große Geschäfte mit langfristigen Krediten abzuschließen, aus der Spekulation auf einen neuen Marktsprung heraus. Das Ausland hofft noch immer, seine Warenschulden mit entwerteter Mark zurückzahlen zu können. Das hat sich in diesem Jahr bedeutend geändert. Der Glaube an ein neues Abstimmen der deutschen Mark ist geschwunden, es wird wieder bar bezahlt und in vielen Fällen sogar gegen Dollar- und Pfundwährung. Ein Zeichen, daß die deutschen Waren über diesen Wertes stehen. Der Warenaustausch wird zurzeit noch durch die unsinnige Zollpolitik gehemmt. Alle Länder versuchen, mit hohen Zollmauern ihre heimische Produktion zu schützen, oder schaffen Zölle, um Handelsobjekte bei staatlichen Handelsabkommen in der Hand zu haben, in Wirklichkeit schließen sie sich aber von einem geordneten und nützlichen Warenaustausch ab und schädigen dadurch nur die eigene nationale Wirtschaft. Eine Binsenwahrheit, die aber gerade in Deutschland am wenigsten begriffen wird. Von der Leipziger Messe ist wieder der Ruf nach Handelsfreiheit erneut in die Welt gegangen.

Das Ausland war auf dieser Messe außerordentlich stark vertreten. An Besuchern waren rund 25000 erschienen, das war gegenüber dem Jahr 1924 — der ersten Messe nach der Markstabilisierung — ein Zuwachs von 11500 Ausländern. Aus 22 Ländern waren sie gekommen. Als Aussteller hatten

sich 631 ausländische Firmen eingefunden, von denen die größte Zahl in eigenen Messehäusern untergebracht war. Besonders Rußland trat in eigener Halle als Lieferant für Naturprodukte, Zelle, Holz, Getreide, Hanf, Wolle und hundert andere Dinge auf. Der Handel mit dem Osten entwickelt sich so hoffnungsvoll, daß die Osthandelsvertretungen in der Leipziger Handelskammer Sprechstunden einrichteten, um erspürte Auskünfte über die Handelsmöglichkeiten mit dem Osten zu geben.

Im Inlandsgeschäft zeigte sich äußerst reges Leben, was auf eine Besserung der Konjunktur schließen läßt. Besonders auf dem Baumarkt tritt die Besserung in Erscheinung. In der Baumaschinenbranche wurden in modernen Bauhilfsmaschinen Stein- und Plattenpressen große Abschlässe erzielt, auch der Markt für Armaturen, Hauseinrichtungen und Bauanordnungen war dadurch günstig beeinflusst. Mit dieser Messe war, in Erwartung der besseren Baukonjunktur, eine Städtebauauschau verbunden und zur nämlichen Zeit fand in Leipzig die Reichsfließungswoche statt. Auch die Textilmesse stellte sich als erfolgreich heraus, befriedigend war die technische Messe und so kann allgemeine Befriedigung festgestellt werden. Nur die Yugra, das heißt die Buchmesse klagt über schlechten Absatz. Das ist zu glauben, denn über mangelnden Absatz auf dem Buchmarkt wird schon immer geklagt. Sport, Film und Radio herrschen und ein Buch zu lesen, haben die meisten Menschen weder Zeit noch Lust, sie haben sich das Lesen abgewöhnt, wenn nicht ganz verlernt. Das ist bebauerlich, aber diese Erscheinung ist durch die viel zu hohen Bücherpreise begünstigt worden. Tritt hier einmal Wandel ein, der in Leipzig noch nicht zu verzeichnen war, so kann schon ein Erfolg wieder erzielt werden.

Wenn der Warenaustausch auf der Messe durchaus befriedigend war, so daß tatsächlich von einer Belebung der Wirtschaft gesprochen werden kann, so bleibt doch sehr fraglich, ob diese Belebung in einer erhöhten Beschäftigung von Arbeitsgelegenheit ausmündet. Die in letzter Zeit erzielte Produktionssteigerung wird diesen Anforderungen genügen und wo es nicht reicht, wird durch Überstundenmacherei der höhere Auftragsbestand weitergearbeitet werden. In den wenigsten Betrieben wird eine Neueinstellung erfolgen. Die Messeaufträge werden gern als eilige Warenlieferungen bezeichnet, für die Neueinstellungen sich nicht lohnen. Dem muß von unserer Seite entgegengetreten werden.

Die Leipziger Messe ist die größte Warenausstellung der Welt. Beachtet man, daß die nächstgrößte deutsche Messe rund 1000 Aussteller zählt, dagegen sich in Leipzig 10000 verzeichnen, so ist ihre Bedeutung auch für den unruhigen Bergbau. Alle Versuche, der Leipziger Messe durch andere innerdeutsche Messen Abbruch zu tun, wie die Versuche in den letzten Jahren sehr reichlich gemacht wurden, können heute als endgültig geschildert angesehen werden. Über eine rein örtliche Bedeutung sieht sie nicht hinausgetreten, während Leipzig seine alten Traditionen, die bis ins Mittelalter zurückreichen, aufrechterhalten hat und dazu neue Erfahrungen sammelt. Nicht nur Käufer und Verkäufer strömen in Leipzig zusammen, sondern auch tausende Lernende der Technik und des Handels. Hier werden Vergleiche gezogen, um auf dem Vorhandenen weiterbauen zu können. Es wird in Leipzig mit einer Besucherzahl auswärtiger Gäste von rund einer Viertelmillion gerechnet, die neben dem regelmäßigen Bahnverkehr in 100 Wochenzügen herangezogen werden. Dies allein zeugt von der überragenden Bedeutung.

Es war zu erwarten, daß in der Jetztzeit, in der Industrie und Handel sehr laut nach Staatsunterstützung schreien, weil angeblich die eigenen Mittel zur Aufrechterhaltung des Betriebes nicht mehr ausreichen, auch die Leipziger Messe nicht zurückstehen würde. Auch sie verlangt eine staatliche Hilfe, um eine weitgehende Auslandsklause zu verlassen zu können, denn, so begründet sie das Verlangen, mit diesen Mitteln wird am wirksamsten die Arbeitslosigkeit bekämpft. Durch diese Klause sollen die ausländischen Händler herangezogen und zum Warenaustausch angeregt werden, so sei der Arbeitsmarkt am schnellsten zu beleben. Wenn nach unserer Meinung auch diese Theorie sehr schön klingt, so ist die Praxis doch dann himmelweit von diesen Grundgedanken entfernt. Das haben wir schon tausendfach erfahren. Doch kann gesagt werden, wenn schon der Staat gezwungen ist, Mittel zur Belebung der Wirtschaft bereitzustellen, so verdient in erster Linie die Leipziger Messe eine Förderung.

beziehen, wenn man erwägt, daß die geschlossenen und freiwilligen sozialen Löhne die Summe von 22 Millionen Mark betragen haben gegenüber einer Lohnsumme von 211 Millionen Mark. Demnach betragen die sozialen Löhne etwa mehr als 10 vH der Löhne. Auch die Mitteilung, daß sich durch die Einführung der Knappschaftsnovelle die Knappschaftskasse mit 151 Arbeitstagen je Mann und Monat auf 263 im September gestiegen habe, beweist nichts gegen den Anstieg der Sozialgesetzgebung. Denn die Steigerung der Krankheitsfälle ist eine Folge der unerschönten Ausbeutung und der Überbeanspruchung, die während des englischen Bergarbeiterstreiks, in der Zeit der goldenen Ernte der höchsten Schwerindustriellen, betrieben wurden.

Der Geschäftsbericht des Stahltruffs weist in Einnahme und Ausgabe für das Halbjahr den Betrag von 162,67 Millionen aus. Das Aktienkapital beträgt 800 Millionen Mark. Man kann ohne weiteres annehmen, daß die Bilanz außerordentlich vorzüglich ausgefallen ist, zumal es sich um das erste Geschäftshalbjahr handelt, das noch einen höheren Ertrag als die Zukunft zuläßt. Zweifellos sind in ihr eine Fülle von stillen Reserven enthalten, um das durch die Leistungssteigerung erzielte Ergebnis nicht so sehr in die Augen zu springen zu lassen. Denn trotzdem ein Reingewinn von 2,6 Millionen erwirtschaftet wurde, so besagt das, daß eine Handvoll Aktionäre soviel verdienen als 2600 Arbeiter, wobei die für Aufsichtsratsmitglieder und Direktorengehälter ausgeschütteten Summen nicht einmal berücksichtigt sind.

Die größte Leistungssteigerung in der deutschen Schwerindustrie. Den jüngst veröffentlichten Zahlen zufolge sind die Rüst der Hochöfen in der Zeit zwischen September 1925 und August 1926 um 12,5 vH. Demgegenüber erhöhte sich die Schmelzerzeugung um 16 vH, die auf einen Kohlenentfallende Produktionsanstieg um 31 vH und auf einen Arbeiter entfallende Produktionsanteil um 37 vH. Die erhöhte Fördermenge wurde mit einer um 19 vH verminderten Belegschaft hergestellt. Ähnlich sieht es in der Stahlherzeugung aus, wo eine um 26 vH erhöhte Fördermenge mit einer um 11 vH verminderten Belegschaft hergestellt werden konnte. Die Erzeugung je Kopf des Arbeiters stieg bei der Stahlherzeugung um 44 vH. Seitdem wurden noch weitere Fortschritte erzielt. Die Roheisenproduktion Deutschlands stieg je Kopf von 57 vH im Jahr 1924 auf 1925 und um weitere 33 vH im Jahr 1926 bis 1926. Die Leistungssteigerung ist jetzt doppelt so groß wie vor dem Krieg. Demgegenüber betrug die Steigerung der Leistungsleistung von 1924 bis 1926 in Frankreich weniger als

10 vH, in Belgien 12 vH, in den Vereinigten Staaten 17 vH. Unter normalen Umständen hätte die außerordentlich gesteigerte Ertragsleistung der Arbeit zu einer erheblichen Preissteigerung führen müssen. Allein die Preise sind, dank der Tätigkeit der Kartelle, seit September 1925 nicht zurückgegangen, so sie wurden vielfach noch erhöht. Wenn der Stahltruff dennoch keine größere Dividende verteilt, als in seinem jüngsten Bericht mitgeteilt wurde, nämlich 3 vH für das erste Halbjahr (6 vH das Jahr), so ist daran, wie im Manchester Guardian Commercial ausgeführt wird, nur der Umstand schuld, daß der Truff außerordentlich hoch kapitalisiert wurde. Das Aktien- und Anleihenkapital, wozu Zinsen und Dividenden aus dem Reingewinn gezahlt werden müssen, wurde derart hoch angelegt, daß die Dividende trotz außerordentlich großer Gewinne verhältnismäßig niedrig erscheinen muß.

Die Gründung eines schweizerischen Uhrtruffs. Durch Zusammenschluß von drei großen und 22 kleineren und mittleren Betrieben in der schweizerischen Uhrindustrie wird ein Truff in der Schweiz entstehen, welcher 90 vH der gegenwärtigen Produktion in sich vereinigen wird. Das Aktienkapital des Truffs wird viel höher sein als das der zusammengefügten Einzelunternehmungen. Die zwei Großfirmen haben aus Anlaß der Zusammenführungen ihr Aktienkapital vervierfacht. Der Betrag der Kapitalerhöhungen soll aber überhaupt nicht eingezahlt werden, sondern rein buchmäßig durch Biederherstellung von Aktien, die früher abgeschrieben worden sind, auf den ursprünglichen Stand gebracht werden. Die Festlegung des Truffkapitals in einer ungewöhnlichen Höhe kann nur dem Zweck dienen, die Hochhaltung der Preise auf das hohe dividendenberechtigte Aktienkapital zu begründen. Da aber die schweizerische Uhrindustrie infolge des internationalen Wettbewerbs eine Ausfuhrindustrie ist, wo die Preisgestaltung nicht vom Truff abhängt, so bleibt nur der zweite Grund übrig: es wird ein übergroßes Aktienkapital ausgewiesen, um damit den Lohnforderungen der Arbeiter entgegenzutreten zu können.

Polen und das Stahlkartell. Polen ist bereit, dem Stahlkartell beizutreten. Es handelt sich jetzt nur noch um die Festlegung der Polen einzureichenden Lieferungsbedingungen für den Balkan. Ein wiener Kapitalistenblatt läßt an den Eintritt Polens ins Kartell die Hoffnung, daß die Eisenpreise in Österreich — erhöht werden können.

# Sitzung unseres Erweiterten Beirats

## Vom 10. bis 12. März in Leipzig

Die Veranlassung zu dieser Sitzung waren das Unterstützungswesen des Verbandes, die gegenwärtige Wirtschaftslage und eine Reihe innerer Verbandssachen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

### Ausbau des Unterstützungswesens

Spricht der Hauptkassierer Schäfer (Stuttgart): Der Bremer Verbandstag hat eine Erhöhung der Unterstützungen beschlossen, die im Hinblick auf die ungünstige Wirtschaftslage bis jetzt noch nicht in Wirksamkeit getreten ist. Meise, Umzugs-, Erwerbslosen- und Sterbeunterstützung sollen nunmehr, und zwar vom 3. April dieses Jahres an, in der zu Bremen festgesetzten Höhe zur Auszahlung kommen. Für den Verband bedeutet dies eine erhebliche Mehrbelastung, die jedoch getragen werden kann, weil sich die Kassenverhältnisse in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 und den ersten Monaten dieses Jahres gebessert haben. Der Verband ist neben der Erhöhung der Unterstützungen künftig auch in der Lage, die Metallarbeiter-Zeitung in dem früheren Umfang, also achteitig erscheinen zu lassen. Die Leistungen des Verbandes seit Beginn der Wirtschaftskrise stehen einzig da in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Es sind vom Verband im Jahre 1926

### 21 Millionen Mark für Erwerbslosenunterstützung

gezahlte worden. Dabei darf nicht vergessen werden, daß auch für andere Zwecke, wie Zeitung, Bildungsreisen usw., erhebliches geleistet worden ist. Im weiteren behandelt Kollege Schäfer die geschichtliche Entwicklung des Unterstützungswesens im Verband und betont die bahnbrechenden Erfolge. Die bei jeder neuen Unterstützungsart aufgetauchten Schwierigkeiten, die Unterstützungen beeinträchtigten den Kampfscharakter des Verbandes, sind unberührt. Die Unterstützungen sind Mittel zum Zweck, und sie halten den Verband nicht davon ab, das Hauptziel, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen nachdrücklich zu verfolgen. Von diesem Gesichtspunkt aus muß auch der Plan der

### Einführung einer Altersversicherung

im Verband betrachtet werden. Dieser Plan hat schon verschiedene Verbandstage, so die zu Kassel und Bremen beschäftigt. Der Vorstand erhielt den Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage, und es wird eine solche rechtzeitig vor dem nächsten Verbandstag der Mitgliedschaft unterbreiten. In den letzten Monaten ist diese Frage stark in den Vordergrund getreten. Verschiedene Verbände haben die Einführung einer Altersversicherung beschlossen, bei einem Teil der Verbände ist dies nach Ansicht des Vorstandes in überhafter Weise geschehen und die bringend notwendigen Verständigungen mit den Bruderverbänden ist unterblieben. Auch dem DMB war ein Eingreifen nicht möglich. Die Sache der Gemeinwohlarbeit ist durch die Beschlüsse der anderen Verbände nicht gefördert worden.

Ein Teil der Mitglieder, insbesondere die jüngeren, werden vielleicht Gegner einer solchen Unterstützungsanleihe sein. Der Vorstand ist sich vollkommen bewußt, daß die Unterstützung von alten, nicht mehr arbeitsfähigen Arbeitern Sache des Staates ist. Wir werden für dieses Ideal zwar noch wie vor kämpfen, zunächst aber müssen wir uns selbst helfen, da unsere Macht noch nicht ausreicht, den Staat zur Schaffung einer solchen Einrichtung zu zwingen.

In der Aussprache über die Ausführungen Schäfers äußern sich alle Redner in zustimmendem Sinne. Einige besprechen Schwierigkeiten hinsichtlich der Einführung der erhöhten Unterstützungen im Hinblick auf die zu erwartenden wirtschaftlichen Kämpfe. Die Redner wünschen daher eine Verschiebung der Einführung, bis ein besserer Überblick über die Wirtschaftskämpfe möglich ist.

In seinem Schlußwort zerstreut Schäfer die Bedenken. Die erhöhten Unterstützungen bedeuten zwar eine große Belastung, aber für die Finanzierung der Arbeitskämpfe spiele die Summe keine große Rolle, folglich sei die Besorgnis unbegründet. Der Plan der Einführung einer Altersversicherung werde bei den meisten Mitgliedern und deren Frauen sicherer Anknüpfung finden. Leicht werde übrigens die Einführung nicht sein. Es müsse selbstverständlich zuerst ein Fonds geschaffen werden, damit die Auszahlung der Unterstützungen gesichert sei. Die Höhe der Unterstützung sei vom Beirat abhängig. Einzelheiten könnten noch nicht mitgeteilt werden. Die näheren Pläne werden ausgearbeitet und vorgelegt, und der nächste Verbandstag in Karlsruhe werde die nötigen Beschlüsse fassen müssen.

Sodann wird vom Beirat folgende Entschließung einstimmig gutgeheißen:

Der Erweiterte Beirat stimmt der Inkraftsetzung der im Statut vorgesehenen höheren Unterstützungen (Meisegeld, Überstundengeld, Erwerbslosenunterstützung und Sterbegeld) ab 14. Woche 1927 zu.

Er gibt ferner grundsätzlich seine Zustimmung zur Einführung einer Alters- oder Invalidenunterstützung im Verband. Deshalb begrüßt er die Mitteilung des Vorstandes, daß eine Vorlage in Ausarbeitung ist, die sofort nach ihrer Fertigstellung in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht und den Mitgliedern zur rechtzeitigen Stellungnahme unterbreitet wird.

Gegen den zweiten Absatz der Entschließung stimmt ein Beiratsmitglied.

Über die Sitzung des Zentralkomitees des Internationalen Metallarbeiter-Bundes berichtet Kollege Heichel vom Vorstand: Der notwendige Ausbau des internationalen Sekretariats zu einem Hauptamt ist zurückgefallen worden im Hinblick auf den schlechten Stand einiger ausländischer Verbände. Die Bewegung in Frankreich leidet unter der durch die Kommunisten hervorgerufenen Spaltung. In Italien ist die Bewegung durch den Faschismus lahmgelegt. In Polen konnte durch das Eingreifen des Bundes der Metallarbeiterverband wieder festen Fuß fassen; in Frankreich scheint zunächst ein Eingreifen aussichtslos. Ein wichtiger Verhandlungspunkt war

### das Aufnahmegeruch der Russen.

Wir verlangten, daß 1. die Zellenbildung in den einzelnen Ländern aufhört und 2. die abgesplitterten Verbände wieder ihren Mutterverbänden zugeführt werden. Von russischer Seite wurde entgegnet, daß die Aufgabe der Zellenbildung unmöglich sei, zum zweiten Punkt verlangten die Russen einen gemeinschaftlichen Metallarbeiterkongress, der die Vereinigung zu vollziehen und eine neue Leitung auf der Grundlage der Verhältniswahl zu wählen habe. Die Russen hätten sich, führt Kollege Heichel weiter aus, bei sachlicher Würdigung der Sachlage jetzt sagen müssen, daß ihre Bedingung nicht erfüllbar und ohne die Aufgabe der Zellenbildung eine wirkliche Einheit nicht denkbar ist. Die Verhandlungen sind demzufolge ergebnislos verlaufen. Die in der kommunistischen Presse erschienenen Berichte über die Verhandlungen enthalten vielfach grobe Verfälschungen und Täuschungen der Mitteilungsorgane. Es ist die Wahrheit, daß die russische Abordnung nicht kollegial verabschiedet worden sei. Die Mitglieder des Zentralkomitees haben sich freundschaftlich von den Russen getrennt und zum Schluß zum Ausdruck gebracht, man gebe die Hoffnung nicht auf, daß mit der Zeit eine Verständigung möglich werde.

Erfreulich ist, wie Kollege Heichel weiter sagt, der Anschluß des Verbandes der Maschinenbauer in Nordamerika an den Internationalen Bund. Die anderen im amerikanischen Metallarbeiterverband vereinigten Verbände sind grundsätzlich zum Beitritt bereit. Erstmalig wird eine Vertretung der amerikanischen Metallarbeiter zu dem in Paris stattfindenden internationalen Metallarbeiterkongress erscheinen. Dort wird der endgültige Anschluß der Amerikaner spruchreif. Durch das Ableiten des Kollegen Dismann sind im Bund Personaländerungen eingetreten. Vertreter des Vollzugsausschusses ist jetzt Reichel, Vertreter im Zentralkomitee und Vertrauensmann für alle deutschen Metallarbeiterorganisationen ist Brandes. Dieser übernimmt auch das Mandat von Dismann für den Pariser Kongress. Das Zentralkomitee nahm auch Stellung zur internationalen Arbeiterkassierergemeinschaft, der laut der hierzu angenommenen Entschließung neben einem öffentlichen Kontrollorgan leitungs-fähige Me-

tallarbeiterverbände in den einzelnen Ländern entgegen-gestellt werden müssen.

Der Beirat erklärt sich mit der Stellung der Vertreter des DMB im Bund und mit den gefassten Beschlüssen einverstanden.

### Die gegenwärtige Wirtschaftslage

mit besonderer Berücksichtigung der Arbeitszeitfrage behandelt gleichfalls Heichel (Stuttgart). Er legt dar, wie sich unter dem Druck der Weltkrisen der letzten 10 Jahre in allen Ländern eine tiefgreifende Umstellung der Wirtschaft auf eine produktions-technisch und betriebsorganisatorisch höhere Stufe vollzogen hat. Nordamerika trete in viel stärkerer Maße als früher als Wettbewerber auf dem Weltmarkt auf. Dazu komme die Industrialisierung einer Reihe von Ländern anderer Erdteile unter Ausnutzung der Erfahrungen der europäischen Länder. Diese Umstände in Verbindung mit einer Reihe anderer Geschehnisse führten zur Einengung des Weltmarktes mit der Folge einer ungeheuren, langdauernden Arbeitslosigkeit und der zwangsläufigen Umstellung der Industrie zu modernen Erzeugungsformen mit höchster Leistung. Die Krise habe alle europäischen Industrieländer erfaßt und man sollte annehmen, daß dieser Umstand, insbesondere im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit (Europa hat etwa 8 Millionen Arbeitslose), den Anstoß zu einer großzügigen Wirtschaftspolitik in allen europäischen Ländern gegeben hätte. Das Gegenteil aber sei der Fall. Die Staatsmänner seien ohnmächtig und die Unternehmer schrien nach Verlängerung der Arbeitszeit, wobei die Behauptung aufgestellt werde, daß bei der Durchführung des von den Arbeitern geforderten Achtstundentages auf dem Weltmarkt kein Wettbewerb mehr möglich sei.

Wenn die Staatsmänner Europas die Eifersüchteleien aufgeben, die Zollschranken und die Zölle in der Rohstoff- und Hoffnung beiseite und eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft herstellen, wird das europäische Feld dem Wettbewerb Amerikas durchaus gewachsen sein. Die Arbeiter haben es satt, daß der Kampf auf dem Weltmarkt nur mit verlängerter Arbeitszeit und geringen Löhnen, also auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen wird.

Das von der Regierung vorgelegte „Gesetz zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung“ bringt keine wesentliche Besserung. Die Arbeiter lassen sich damit nicht abweisen. Sie verlangen entscheidende Maßnahmen durch die Festlegung des Achtstundentages als Höchst-arbeitszeit. Der Kampf um den Achtstundentag hat sich zu einem politischen Kampf entwickelt, zu dem die Arbeiter gleichfalls Stellung nehmen müssen. Insbesondere werden die Zentrumsblätter aus Ur-parlamentarier und Obacht geben müssen, daß ihre Intereien von ihren parlamentarischen Vertretern nicht preisgegeben werden.

Im Parlament wird der Kampf um den Achtstundentag nicht entschieden. Die tatsächliche Entscheidung fällt im Gewerkschaftskampf. Je mehr wir hier Erfolge erzielen, um so besser wird die gesetzliche Regelung ausfallen. Das schließt nicht aus, daß wir auch das Parlament zur Erläuterung des Achtstundentages mobil machen müssen. Gesetze legen in der Regel nur das fest, was bereits in freier Gestaltung durchgeführt ist. Wir müssen deshalb auf eine Herabminderung der Überstunden hinarbeiten. Wir richten daher erneut eine ernst-  
Mahnung an alle Metallarbeiter,

### Überstunden über die tarifliche Zeit hinaus abzulehnen.

Wir wissen, daß viele zu Überstunden nur greifen, um den Verdienstaufschlag während der monatelangen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wieder auszugleichen. Aber der Nutzen ist gering, der Schaden und die Not derer, die infolge der Überstunden arbeitslos sind, riesengroß. Die Unternehmer und das Reichsarbeitsministerium behaupten, daß in einer Reihe von Tarifgebieten die zehnstündige Arbeitszeit bestehe. Es wird hierbei geflissentlich übersehen, daß es sich vielfach um Zwangs-arbeit handelt und daß diese Arbeitszeit in großem Umfange nur auf dem Papier steht. Ein großer Teil der Betriebe in der Metallindustrie kommt mit der zehnstündigen Arbeitszeit und betrieblich vereinbarter Überarbeit aus. Das Festhalten der Unternehmer an der verlängerten Arbeitszeit entpringt der Verpflichtung vor der Lohnmen-den Wirtschaftsdemokratie. Die Unternehmer kämpfen aus Prinzip dagegen an; sie wollen zum alten Herrschaftspunkt zurück, zur Festlegung der Arbeitsbedingungen nach selbstherrlichem Ermessen. Es ist ein Überhand des Altes gegen das Neue.

Die Stellung einiger Schlichter zur Arbeitszeitfrage ist un-  
verständlich. Wir wissen, daß das Schlichtungssystem nicht immer freie Meinungsäußerung gestattet. Mit Schiedsprüchen jedoch wie in Leipzig und in Anhalt-Wagetur wird das Vertrauen zum Schlichtungswesen völlig erschüttert. Verbindlichkeitsverpflichtungen sozial rü-  
ständiger Schiedsprücher sind nicht tragbar. Sie hemmen die freie Entwicklung des Arbeitsrechts; in erster Linie muß auf die Menschen Rücksicht genommen werden, die die Werte schaffen.

Der Redner spricht sodann in längeren Ausführungen über die Kündigung von Tarifverträgen in einzelnen Verbandsgewerkschaften und über die Taktik des Verbandes bei diesen Kämpfen. Der Vorstand erwartet von allen Mitgliedern und allen Instanzen strenge Disziplin. Auch der unendliche Streit muß aufhören, unbefristete Entlohnung aus parteipolitischen Einstellung heraus als Mißfolge oder gar als Berrat an der Arbeiterbewegung hinzustellen. Eine solche Stellungnahme ist mit den Verbandszinteressen unvereinbar. Der Vorstand warnt dringend vor Sekundäreinigung und Ver-  
ächtlichmachung der erzielten Erfolge. Die Freiheit der Kritik in Ehren! Denn aber die Kritik zum Selbstzweck wird und nur der Förderung fremder Interessen dient, dann wirkt sie ver-  
sandschädigend. (Zustimmung.) Wie sollen die Unorganisierten für den Verband gewonnen, Mitglieder gehalten und dem Gegner Abtrotz abgetrieben werden, wenn der Verband und seine Führer bei jeder Gelegenheit mit Schmutz beworfen und von Arbeiter-verrat usw. geredet wird! Wir könnten ebenso leicht wie viele unver-  
lässige Maulhelden die 44- oder 42stündige Arbeitszeit fordern. Wer diese Forderung stellt, muß auch daran denken, daß das Arbeitszeit-problem zugleich ein Lohnproblem ist, das nicht mit Phrasen gelöst werden kann.

Ein besonderes Augenmerk richten wir auf die mit schweren und gefährlichen Arbeiten beschäftigten Güttnerarbeiter. Die Unter-stellung einiger Gruppen dieser Arbeiter (Hochöfen, Metallhütten, Gaswerksarbeiter) unter den Schutz des § 7 Absatz 2 der Arbeitszeit-verordnung ist gelungen. Für weitere Gruppen muß der jährliche Acht-stundentag noch vor der allgemeinen Regelung durchgeführt werden. Eingehend beschäftigt uns die Frage der Arbeitszeitgestaltung in den Güttnerwerken. Sollen die Arbeiter in kontinuierlichen Be-  
trieben 7 Schichten zu je 8 = 56 Stunden die Woche arbeiten oder auch hier die 42-Stundenwoche zur Einführung gelangen? Wir fordern letzteres, denn hier handelt es sich um die Geplagtesten unter den Industriearbeitern.

Wir fordern den Achtstundentag in der Erkenntnis, daß die heutige Form der Güterzeugung unter Anwendung der technisch besten Ein-  
richtungen in achtstündiger Arbeitszeit die Bedürfnisse aller Menschen ausreichend zu decken vermag und kein Grund vorliegt, den arbeitenden Menschen an die mit gesundheit-schädlichen Gefahren aller Art verbundenen Verhältnisse länger zu fetten, als es zur Befriedigung der Bedürfnisse nötig ist. Wir fordern den Achtstundentag auch aus allgemeinen kulturellen Gründen. Ebenso, wie sich die Einführung des arbeitsfreien Sonntags als eine kulturelle Großtat ersten Ranges erweisen hat, ist der Achtstundentag geeignet, die gleiche kulturhistorische Rolle in der Geschichte der Menschheit zu spielen. Wir betrachten den Acht-stundentag als einen Markstein auf dem Wege der Ablösung des auf die Selbstsucht aufgebauten Kapitalismus, der die Völker entwertet und in blutige Kriege verstrickt, durch die sozialistische Gemeinwesen-schaft, die die Völker der Erde zu solidarischem Handeln verbindet und den Frieden der Welt erst wahrhaft sichert. (Beifall.)

Die Aussprache eröffnet Kollege Wolf (Eisen). Er hält die Arbeitszeitfrage für eine Belastungsprobe der jetzigen Regierung, ins-

besondere des Zentrums. Die Verkürzung der Arbeitszeit kann von der Schmirindustrie mit Leichtigkeit getragen werden. Ein Hinweis (sind die erheblichen Mehrleistungen in der Erzeugung. Aber diese bringt der Redner eine Reihe Zahlen aus verschiedenen Güttnerwerken.

Urich (Berlin) verlangt besondere Aufmerksamkeit hinsichtlich des Reallohns, eine Erhöhung der Löhne ist dringendstes Er-fordernis. Auch zur Fließarbeit müssen wir Stellung nehmen und be-  
sonderen Schutz für die im Fließprozeß beschäftigten Arbeiter fordern. Wir verlangen Beseitigung der Akkordarbeit am Wandertisch und Einführung von Wägen in kurzen Wägen.

Böttcher (Stiel) sagt, der Kampf in der Presse gegen die Über-stunden muß fortgesetzt werden. Solange dauernd Überstunden geleistet werden, hat das Verben für einen kurzen Arbeitstag wenig Zweck. Die Sozialzulagen sind endgültig zu beseitigen.

Schäfer (Leipzig): In der Arbeitszeitfrage muß der DMB noch mehr tun als bisher. Die Nachrichten der roten Fahne und anderer kommunistischer Zeitungen über die Arbeitszeit in Leipzig sind falsch. Es wird in Leipzig tatsächlich nur 48 Stunden in der Woche gearbeitet, und wir verweigern alle Überstunden in den Betrieben, wo die Einstellung weiterer Arbeitskräfte möglich ist. Von den Parla-  
menten ist nichts zu erhoffen, wir müssen unsere Stellung durch Kampf verbessern.

Wich (Stlin): Die Leistungssteigerung ist aus der Arbeitskraft herausgepreßt worden. Die technische Umstellung hat nicht viel zur Steigerung der Arbeitsleistung beigetragen. Die Mindestlöhne müssen in ein besseres Verhältnis zum durchschnittlichen Akkordverdienst ge-bracht werden.

Franke (Stettin): Wir müssen uns dagegen wenden, daß die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken als Nebenbetriebe der Land-wirtschaft bezeichnet werden und ihnen daher die Arbeitszeit in der Landwirtschaft aufgezungen wird.

Ferrentrup (Dielefeld): Bei der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen wird stets die Stärke der beteiligten Parteien eine ausschlaggebende Rolle spielen. Am Fließband darf nicht in Akkord gearbeitet werden. Die Handarbeiter müssen den üblichen Lohn der Akkordarbeiter erhalten.

Schliebedt (Stuttgart): Wir müssen bei der Fließarbeit zwischen den Arbeiten unterscheiden, die auf dem laufenden Band her-gestellt werden und jenen, die von Maschine zu Maschine wandern. Beim laufenden Band ist die Arbeit zwangsläufig und Akkordarbeit muß hier abgelehnt werden. Sonst ist eine doppelte Peinliche vorhanden.

Heide (München): Die Umstellung zur Bedarfswirtschaft ist in der Fertigungsindustrie noch nicht weit gediehen. Wir werden in dieser in der nächsten Zukunft noch sehr ungünstige Verhältnisse haben. Die Frage der duragehenden Arbeitszeit muß eingehender behandelt werden.

Wahler (Leibronn) schildert seine Erfahrungen mit den Unter-  
richtsstunden für Erwerbslose und fordert wie einige Vortredner ein Vorgehen zur Erhöhung der Mindestlöhne.

Schulenburg (Karlsruhe): Die Lohnform hängt vom Or-ganisationsverhältnis ab. Wo dieses schlecht ist, wird stets der Unter-  
nehmer bestimmen, ob in seinem Lohn oder in Akkord gearbeitet wer-den soll.

Im Schlußwort werden von Reichel die aufgeworfenen Fragen besprochen. Der Vorstand beobachtet die Fließarbeit sehr aufmerksam. Er wird über den Stand dieses Systems eine Umfrage veranstalten sowie Mitteilungen über die Stellung der Arbeiter dazu herausgeben. Die Forderungen nach Lohnsteigerungen zur Anpassung an das Real-lohnkommen werden vom Vorstand stets vertreten. Gegenüber den Aus-führungen von Schäfer (Leipzig) ist zu sagen, daß der DMB sich lebhaft für den leipziger Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit eingesetzt hat und dessen Tätigkeit unbestreitbar von Nutzen für die günstige Erlebigung dieser Bewegung gewesen ist.

Die Stellung des Beirats zu der Frage der Überstunden und der Arbeitszeit kommt in folgender, einstimmig angenommener Ent-schließung zum Ausdruck:

Der Erweiterte Beirat des DMB stellt zu dem Entwurf des Arbeitszeitgesetzes einstimmig fest, daß die oorgelegene Arbeitszeit-regelung den berechtigten Forderungen der Arbeiter in keiner Weise entspricht. Der Entwurf läßt in besonderen Fällen eine Gesamt-arbeitszeit bis zu 12 Stunden täglich zu und läßt im übrigen durch die Zulassung von 300 Überstunden die neunstündige Arbeitszeit als Normalarbeitszeit fest. Das bedeutet eine Verlängerung der Arbeitszeit noch über den gegenwärtigen Stand hinaus. Das ist untragbar und muß aufs Entschiedenste zurückgewiesen werden. Letzteres gilt auch für das vom Reichsarbeitsministerium beauf-tragte Arbeitszeit-Vorlage, welches in keiner Weise den im Notlage-entwurf der Gewerkschaften aufgestellten Forderungen entspricht.

Die in beiden Entwürfen der Reichsregierung vorgezeichnete Arbeitszeit ist weder nach dem Stande der technischen Entwicklung, noch in der Weltwirtschaftslage begründet. Die Nationalisierung der Industrie hat zu einer starken Steigerung der Leistungen und zur größeren Ausnutzung der Arbeitskraft geführt. Zum Schutze hier-gegen und zur Entlastung des Arbeitsmarktes fordert der Beirat des DMB den Achtstundentag als Höchst-arbeitszeit und für ununterbrochen arbeitende Werke den Drei-schichtbetrieb auf der Grundlage der 42-Stundenwoche. Dringend erforderlich ist ferner eine Steigerung der Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten durch Erhöhung der Arbeitslöhne. Die beabsichtigte Erhöhung der Mieten steht im Gegensatz zur Steigerung der Kauf-kraft der Bevölkerungsmassen, schädigt die letzteren und ist deshalb zu verhindern.

In die Verbandsmittglieder richtet der Erweiterte Beirat die dringende Mahnung, jede Überarbeit über die tariflich festgesetzte Zeit hinaus abzulehnen, die Organisation nach besten Kräften zu stärken und von ihr alles fernzuhalten, was ihre Entwicklung und Kampffähigkeit hindern könnte.

### Die inneren Verbandsangelegenheiten

Die am dritten Verhandlungstag zur Sprache kamen, wurden ein-gehend behandelt von dem Vorsitzenden Brandes (Stuttgart). Er jagt unter anderem, der Erfolg unserer Kämpfe hänge von der Stärke der Organisation, der Schulung und Disziplin der Mitglieder und von den Finanzen ab. Umficht, Entschlossenheit und Erfahrung der Mitglieder in den Betrieben und der örtlichen Beamten seien weitere Vorbedingungen. Der Redner bespricht in längeren Ausführungen, inwieweit diese Vorbedingungen erfüllt sind und läßt dann fort: Die Mitgliederbewegung steht in Wechselwirkung mit der Krise. Die Verluste im ersten Teil des Jahres 1926 konnten gegen das Ende zum Teil wieder aufgeholt werden. Ganz ist das nicht gelungen. Die Krise ist nicht allein schuld. Das Fernunterliegen des Verbandes er-schwert die Organisierung der Fernstehenden und die Erhaltung der gewonnenen Mitglieder. Die Verächtlichmachung des Verbandes muß aufhören. In der letzten Zeit ist eine erfreuliche Besserung eingetreten. Die mittelsten Arbeiter gewinnen wieder Vertrauen und wir hoffen, durch Schulung der Mitglieder den Wechsel weiter einzudämmen.

Der weitere Inhalt der Rede behandelt die Werbearbeit durch Flugblätter, die in Aussicht genommenen Lichtbildvorträge, die Werbearbeit durch die nun achteitig erscheinende Metallarbeiter-Zeitung, die Lehrkurse in Dürrenberg, die Einberufung von Konferenzen für die Gießerarbeiter und die Orthopädiemechaniker, sowie das Ver-hältnis des DMB zu den übrigen Gewerkschaften, insbesondere zu den Gemeindefabrikarbeitern, Fabrikarbeitern, Feigern und Maschinisten, zum Verbandsbund und zu den Kupferhütten.

Am Schluß gibt der Redner Nachsicht über die Verteilung der Arbeiten und die Maßnahmen zur Ausführung der durch den Tod Dismanns entstandenen Lücke. Kollege Brandes schließt mit der Ver-ficherung, daß der Vorstand willens ist, alles zu tun, um dem Verband die größte Stärke zu sichern.

Die Aussprache über diesen Tagesordnungspunkt wird eröffnet von Kummer (Stuttgart), der in ausführlicher Weise die nächsten Aufgaben der Metallarbeiter-Zeitung behandelt. Die Zeitung soll

### Die Lage der Diamantindustrie

Der Streik in der französischen Diamantindustrie, schreibt die Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung, ist heute, nach sieben Wochen, noch immer in vollem Gange. Zwar wurde in Paris die Arbeit am 14. Februar wieder aufgenommen. Die Diamantarbeiter der Weltstadt mußten sich einen Lohnabbau gefallen lassen; immerhin erklärten sich die Meister bereit, die Löhne wieder zu erhöhen, sobald die Lage besser geworden ist. In der Provinz dagegen, hauptsächlich in St. Claude, hat der Kampf schärfere Formen angenommen. Bis vor kurzer Zeit hielten eine ganze Anzahl Firmen sowie die Diamantarbeitergenossenschaften den bisherigen Tarif inne und konnten weiterarbeiten. Für die Organisation war dies eine Erleichterung, da erstens die, die weiterarbeiten konnten, nicht unterstützt werden mußten und weil sie 10 bis ihres Verdienstes zur Unterstützung ihrer streikenden Kollegen zur Verfügung hatten.

Nun haben die Meisterorganisationen von Paris und St. Claude diese Tatsache zu würdigen verstanden. Sie suchen die Händler einen Druck auszuüben, damit diese den noch in Arbeit stehenden Firmen und Genossenschaften keine Arbeit mehr geben. Ob die Händler diesem Wunsch nachgeben und in welchem Maße, wird sich bald zeigen. Sollten die noch in Arbeit stehenden Firmen und Genossenschaften ihre Tore schließen müssen wegen Arbeitsmangel, so wird dies dem Kampfesgeist der französischen Diamantarbeiter keinen Abbruch tun, da sie schon im voraus der finanziellen Hilfe des internationalen Diamantarbeiterbundes sicher sind. Zu diesem Zweck hat letzterer bis auf weiteres die Beiträge verdoppelt, so daß die Maßnahmen der Unternehmer in jeder Hinsicht zugunsten gemacht werden.

Die Meister, die nichts unterlassen, um ihren Willen durchzusetzen, sind in ihrem Vorhaben dadurch begünstigt, daß große Vorräte vorhanden sind und der Markt noch immer ruhig ist. Dagegen können die französischen Kollegen auf die internationale Diamantarbeiter-Solidarität zählen.

In Belgien ist die Lage immer gleich. Laut letzten Nachrichten waren 500 Arbeitslose zu verzeichnen. Immerhin wird die Lage zuversichtlich betrachtet. In Amerika ist die Zahl der arbeitslosen Diamantarbeiter auf 1200 gestiegen. Auch hier glaubt man nicht, daß die Krise von langer Dauer sein wird.

In der Schweiz ist die Zahl der Diamantarbeiter und Arbeiterinnen von 200, die vor dem Kriege vorhanden waren, auf einige Duzend zusammengeschrumpft. Dies dank der „hohen“ Löhne, die hier verdient werden. Letzthin haben auch die Firmen in Biel einen Preisabbau auf gefällige Ware und einen neuen Tarif willkürlich durchgeführt. Die Herren waren so nobel, unsere Briefe ohne Antwort zu lassen, doch sind sie nicht ohne Wirkung geblieben, da die betreffenden Steine, die die Meister zuerst um 20 bis, das heißt von 2,10 auf 1,68 Fr. reduzierten wollten, schließlich auf 1,80 Fr. angejagt wurden. Auch der Markt soll heute von besserer Qualität sein, so daß mehr geleistet und etwas mehr verdient werden kann. Hoffen wir, daß es so bleiben wird und die Herren Diamantgeschleifermeister in Zukunft etwas mehr Bildung zeigen. Wie ungeschicklich ein Lohnabbau ist, kann durch folgendes bewiesen werden: Ein geschliffener Karatstein wird heute zu 200 Fr. verkauft. Um einen solchen herzustellen, muß ein Zweifarbt-Bruttostein geschliffen werden. Dieser Zweifarbt-Bruttostein kostet etwa 1400 Fr., der Schliff kommt auf 60 Fr., dies macht 1460 Fr. und läßt dem Händler einen Profit von 740 Fr. Größere Steine geben auch dementsprechend größere Profite. E. H. S u b a c h e r.

neben der allgemeinen und beruflichen Aufklärung künftig den Familien der Mitglieder mehr bieten. Auch die Ertrügnisse und Meinungen in den einzelnen Orten sollen wieder zum Ausdruck kommen, wobei selbstredend zu beachten ist, daß die Berichte wissenschaftliches für die Gesamtmittelschicht haben müssen. Die jungen Kollegen müssen mehr als bisher für die Zeitung schreiben, alle Mitglieder müssen die von ihnen geleistete Leistung an Mitgliedschaft und besonders an ihre Frauen weitergeben.

Urich (Berlin): Bei der Beurteilung des Mitgliedschaftswesens dürfen wir nicht vergessen, daß die Mitgliedschaft nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht ist. Die Mitgliedschaft ist ein Recht, das die Arbeiter haben, aber es ist auch eine Pflicht, die sie gegenüber der Gewerkschaft haben. Die Mitgliedschaft ist ein Recht, das die Arbeiter haben, aber es ist auch eine Pflicht, die sie gegenüber der Gewerkschaft haben.

Köhler (Königsberg) verlangt eine schärfere Bekämpfung der verwerflichen Agitation. Solange Erfolge der Gewerkschaften in öffentlichen Versammlungen aus schärfere heruntergerissen und geschmäht werden, ist die Gewinnung neuer Mitglieder nicht möglich. Scheffler (Berlin) begrüßt die vorgehenden Abmachungen mit anderen Verbänden und bekräftigt die Sitzverlegung des Verbandes, die möglichst bald bevorzugen werden sollte. Reigel (Eisingen) spricht über die bisherigen Ergebnisse der Schule in Dürrenberg und die in nächster Zeit vorgezogenen Kurse. Unter diesen befinden sich zwei Kurse für Angestellte und Arbeitergehilfen. Die Kurse sollen das Arbeitsrecht und die neuen Arbeitsgerichte behandeln. Näheres wird in weiteren Beiträgen dieser Art folgen. Das Arbeitsrecht ist von weittragender Bedeutung für die Arbeiter. In Abereinbarung mit dem ADGB steht der Vorstand auf dem Standpunkt, daß möglichst große Arbeitsgerichtsbezirke notwendig sind, denn von wachsender Wichtigkeit für die Arbeiter sind nun lebensfähige, unabhängige Arbeitsgerichte. In einem Entwurf behandelt Brandes (Eisingen) die von den einzelnen Verbänden vorgebrachten Anschauungen und Wünsche. Gegen die infame Art und Weise eines Teils der Kommunisten hinsichtlich der Herabwürdigung der Gewerkschaften wird der Vorstand eingeschritten. Gegen die Zeitungen werden wir aus. Wir wissen, daß damit die Arbeiter, wesentlich die zugewanderten, von den Gewerkschaften abgelenkt werden sollen. Unsere Ziele in Dürrenberg hat sich bedauert. Der Verband kann auf sie stolz sein. Verband und Schlichtung arbeiten Hand in Hand an weiteren Maßnahmen. Die Beschäftigung der Arbeiterbewegung in Gumbert hat der Vorstand für dieses Jahr im Hinblick auf die Kosten noch zurückgelassen. Bei Gewerkschaften mit anderen Verbänden muß jetzt zunächst eine Verständigung zwischen den beteiligten Verbänden herbeigeführt werden, wenn hier eine Verständigung nicht zu erzielen ist, soll die Verständigung sie verweigern. Es kann das nicht geschehen, ist der Vorstand überzeugt. Über die von Scheffler angeführten Beratungen zur Überführung nach Berlin wird der Vorstand nach Verständigung mit dem ADGB in der nächsten Monatsversammlung berichten.

Der Vorsitzende Reigel (Eisingen) stellt die Zustimmung des Vereins für die geplanten Änderungen für die Gewerkschaften und die Unabhängigkeit, sowie für die Verhandlungen mit einigen Verbänden beifolgt besser Zusammenarbeit. Diese Verhandlungen werden im Sinne der Bestätigung des Jahresberichts geführt werden.

Schlichter (Eisingen) behandelt die Mitarbeit der Jugend und die entsprechende Forderung eines Betriebs der Arbeiter in den Betrieben. Das Hauptproblem mußte zuerst gelöst werden, daß die Arbeiter nicht unterjährig sind, sondern im Alter geistlich reifen. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die Arbeiter in der Erziehung zu unterstützen. Ein eigenes Komitee der Arbeiter hat sich gebildet, das die Aufgabe hat, die Arbeiter in der Erziehung zu unterstützen. Ein eigenes Komitee der Arbeiter hat sich gebildet, das die Aufgabe hat, die Arbeiter in der Erziehung zu unterstützen.

Brandes (Eisingen) führt den Stand des Reichstages in Nürnberg und den dortigen engeren großen Erfolg. Er läßt zu, daß die Verhandlungen zum Scheitern gekommen sind. Die Verhandlungen haben sich jetzt bei jeder Gelegenheit über die Solidarität bekräftigt und müssen damit, daß sie in ihrem Haupt nicht im Stich gelassen werden. Der Vorsitzende, Scheffler (Eisingen), unterstreicht diesen Punkt. Er betont, daß die Erziehung mit dem Hauptanfang die notwendige und wichtige Mitarbeit des Vereins an den Geschäften des Verbandes.

### Denk an die Jungen!

Bieder einmal wartet ein Geschlecht darauf, ins Leben treten zu können. Die sorglose Zeit der Kindheit nimmt für den jungen Menschen oder das junge Weib aus Arbeiterkreisen an dem Tag ein Ende, wo die Pforten des Schulhauses schließen. Und in diesen jungen Menschen, die nun das Leben in seiner harten Wirklichkeit kennenlernen sollen, schlägt das junge Herz vor lauter Erwartung ab der kommenden Dinge schneller, in stolzen Farben sehen sie die Zukunft vor sich liegen.

Und wer ist unter all denen, die das selbe durchgemacht haben und heute als nüchternen Menschen im Getriebe der Arbeiterbewegung stehen, dessen Gefühl nicht so wie die der jungen Menschen von heute waren? Wohl keiner. Jeder glaubte, daß er bei der Schulentlassung als eine Persönlichkeit bestehen werde, der man den gleichen Wert beilegte wie dem älteren Arbeiter. Und der Junge aber das Weib wird etwas, wenn es ins Leben tritt. Ein unklares Empfinden, etwas zu wollen, etwas zu erreichen und vor allen Dingen etwas zu sein, läßt den Jungen die Art des Schulunterrichts als Qual und das Kommende als besser erscheinen.

Und wie ist das Leben? Alle Leute erwarten nichts mehr von ihm, die Jugend desto mehr. Nun gilt es, die Gefühle der Jungen zu erkennen, sie in bestimmte Bahnen zu lenken, um so nach Möglichkeit den Mißschlag, der eintreten muß und eintritt, zu mildern, nicht zur Gleichgültigkeit werden zu lassen.

Das ist in allererster Linie Pflicht der Eltern, deren Kinder die Schule verlassen, um nun mit Geld zu verdienen oder einen Beruf zu erlernen. Sie sollen bei der Berufswahl ihres Kindes selbst die Verhältnisse des betreffenden Berufes betrachten und dann, wenn sie nicht in der Lage sind, sich an die Gemeindefunktionen wenden. Diese werden immer gern bereit sein, Auskunft zu geben und auch, wo sie können, zu helfen. Vor allem beweist ja gerade die Gegenwart mit ihrer Krise, wie sehr es notwendig ist, sich einen Überblick über die Verhältnisse zu verschaffen. Denn mehr wie einmal ist es vorgekommen, daß Unternehmer die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit ohne weiteres entlassen. Das geschieht auch heute noch. Dann sollte das Drängen der Eltern endlich einmal dahingehen, den privaten Lehrvertrag aufzuheben. Dieser bedeutet ja in den meisten Fällen nichts weiter, als den Unternehmer zum Herrn über die jungen Menschen zu erheben, und das nicht nur in körperlicher, sondern auch in geistiger Beziehung.

Dann noch ein Wort an die Kollegen, die in den Betrieben beschäftigt und als Funktionäre der Arbeiterbewegung tätig sind. Gerade sie können einen entscheidenden Einfluß auf die jungen Menschen ausüben. Sie müssen im Lehrlingen und jungen Arbeiter nicht ein notwendiges Übel sehen — wie es leider manchmal der Fall ist —, sondern den Kameraden der Arbeit, den wir für uns gewinnen müssen. Er soll Mitstreiter in unserem Befreiungskampf werden. Seinem Betätigungsdrang muß Raum gegeben und er muß auf die Kämpfe der Arbeiterklasse hingewiesen werden. Es ist manchmal schwer, den Jungen zu gewinnen. Vor allen Dingen nicht als Erwachener den Jungen schulmeisterlich wollen. Still und besonnen ihm als Freund und Berater, der sein Bestes will, zur Seite stehen und ihm durch gutes Beispiel ein Vorbild sein.

Vor allen Dingen darauf hinweisen, daß es am Orte eine freie Jugendbewegung gibt, in der er mit Gleichartigen bei Vorträgen und Unterhaltung zusammentrifft. Und die jungen Kollegen, die in der Jugendbewegung stehen, müssen sich besonders dieser „Neuen“ annehmen. Handeln wir so, dann wird den jungen Kollegen die Enttäuschung, die ihm das Leben gewiß einmal bringt, nicht so arg schmerzen und uns ist insoweit genügt, als wir neue Kämpfer mit jugendlicher Begeisterung für unsere Sache erhalten.

Eberhard Dörfler, Wieselfeld.

### Krankenversicherung des Betriebsrats

In größeren Betrieben kommt es vor, daß ein Mitglied des Betriebsrates, namentlich der Vorsitzende durch seine Tätigkeit als Betriebsrat für längere oder längere Zeit gehindert wird, seine sonstigen im Betriebe übliche beruflichen Tätigkeiten auszuüben. Er ist eben so in Anspruch genommen, daß ihm für seine eigentliche Lohnarbeit keine oder nur wenig Zeit übrig bleibt. Diese Möglichkeit hat der Gesetzgeber schon vorausgesehen und hat im § 35 Satz 2 des Betriebsratsgesetzes gesagt: „Notwendige Bestimmungen von Arbeitszeit darf eine Minderung der Entlohnung oder Gehaltszahlung nicht zur Folge haben.“ Also auch, wenn der Betriebsratsvorsitzende für lange Zeit durch sein Ehrenamt gehindert ist, für den Betrieb oder den Arbeitgeber tätig zu sein, so muß er doch seinen Lohn weiter beziehen. Außerdem befragt der § 35 des Betriebsratsgesetzes, daß es den Unternehmern oder ihren Vertretern verboten ist, ihre Arbeiter in der Übernahme und Ausübung der gesetzlichen Betriebsvertretung zu behindern oder sie sonstwie zu benachteiligen. Außerdem sind ja im Gesetz für die Betriebsratsmitglieder noch besondere Kündigungsschutzbestimmungen vorhanden.

Defensivgedacht gibt es eine ganze Reihe von Unternehmern, die versuchen, die Betriebsratsmitglieder doch irgendwie zu schädigen. Als Beispiel hierfür sei folgender Fall angeführt: Eine Firma hat den Betriebsratsvorsitzenden, der durch die Ausübung seines Amtes nicht mehr in der Lage war, seinen beruflichen Beruf auszuüben, da ihm hierzu keine Zeit blieb, von der Krankenkasse abgemeldet. Als Begründung gab die Firma an, der Betreffende sehe nicht mehr in ihrem eigentlichen Dienste, da er ja an der Produktion selbst nicht mehr beteiligt sei. Die Krankenkasse ließ, da es sich hierbei um eine sehr wichtige Frage handelte und mit der Firma auch keine Einigung zu erzielen war, die Angelegenheit durch ihre Aufsichtsbehörde entscheiden. Das Reichsversicherungsamt als oberste Behörde der Krankenversicherung fällt unter dem 15. Juni 1926 eine Entscheidung, nach welcher die Anmeldung zur Krankenkasse wieder erfolgen müsse. In den Gründen der Entscheidung ist folgendes bemerkenswert:

Durch eine auf Grund des Betriebsratsgesetzes von einem Arbeitnehmer ausgeübte Tätigkeit als Mitglied einer Betriebsvertretung kann eine Änderung in seiner versicherungsrechtlichen Stellung nicht eintreten. Das Betriebsratsamtmitglied ist weiterhin als ununterbrochen in seiner beruflichen Beschäftigung anzusehen, gleichgültig, ob seine Tätigkeit als Betriebsratsmitglied ihn die Fortsetzung seiner beruflichen Beschäftigung erwidrigt oder sie ihn vollständig in Anspruch nimmt. Die Tätigkeit ist lediglich als eine Unterbrechung der beruflichen Beschäftigung anzusehen, die in arbeitsvertraglicher wie auch in versicherungsrechtlicher Beziehung ohne Belang ist; das für diese Zeit gezahlte Entgelt hat als Entgelt für die berufliche Beschäftigung zu gelten.

Aus dieser grundsätzlichen Entscheidung ist naturwunderlich zu folgern, daß der Unternehmer auch weiterhin zur Verwendung von Betriebsräten zur Sozialversicherung oder Unfallversicherung verpflichtet ist.

### Beimleiden durch Stehen

Eine große Anzahl unserer Kollegen, die in ihrem Beruf gezwungen sind, ihre Arbeit stehend zu verrichten, müssen wahrnehmen, daß sich der Range der Berufstätigkeit und je nach Veranlagung die Beweglichkeit ihrer Beine nach und nach beimleiden werden. Es entstehen Krämpfe, Schwellungen, Anspannungen, Krampfadern, offene Beine und Entzündungen. Die von diesen Leiden betroffenen Kollegen empfinden außerordentliches Stehen als eine große Qual, und wenn sie auf hartem Unterboden stehen müssen, sind Ermüdung und Schmerzen außerordentlich groß. Die Ursache dieser Leiden ist die unrichtige Haltung beim Stehen und die Schwerkraft, die beim Stehen auf einen elastischen Unterboden die Ermüdung und die Schmerzen bedeutend vermindert werden. Das Kräftigen besteht aus zwei Teilen, nämlich dem Rücken, die ungefähre die Länge der Dreifach hat und auf drei Verbindungspunkten ruht. Bei jeder Bewegung gehen nun diese Punkte etwas nach und man verneigt sich immer mehr. Die Schwerkraft der Federung, im Gegensatz zu dem Stehen auf dem unelastischen Unterboden.

Es wäre wünschenswert, daß die Kollegen, die ihren Beruf stehend ausüben, diesen Dingen die nötige Beachtung schenken. Vielleicht kann diese Mitteilung zu einer Erleichterung der Gewerkschaften beitragen.

Scharfmachergeschäft der Dresdner Bank. Die Großbanken unterbreiten gegenwärtig der Öffentlichkeit ihre Geschäftsberichte für das vergangene Jahr. Daraus geht hervor, daß sie im Jahre 1926 glänzender verdient haben. Ein so vorzügliches Gedeihen hatten die Banken noch nie zu verzeichnen. Wenn das schon der Fall ist, dann sollte man erwarten, daß in den Geschäftsberichten eine jähliche Beurteilung der Wirtschaftslage usw. stattfinden und daß man auch der Wertschätzung ihren Anteil am Wachstum der Nation gönne. Um so erstaunter ist man, in dem Geschäftsbericht der Dresdner Bank zu lesen:

„Gemündet auf den Willen zur Arbeit wird auch eine schematische Regelung der Arbeitszeit durch rücksichtslose Ermüdung des achtstundentages einwirkten... Wir können die Verdrängung nicht unterdrücken, daß die kurze Zeit des Aufschwungs seit der Wirt des Jahres 1926, die noch keine allgemeine und durchgreifende Besserung brachte, nicht nur durch eine allseitige sozialpolitische Gesetzgebung sondern auch durch übermäßige Lohnforderungen, die sich überall abzeichnen, ein baldiges Ende finden kann. Die bereits vorhandenen Ursachen der Unternehmung sind so groß, daß die Möglichkeiten, Lohnforderungen nachzulassen, viel beschränkter sind als in einer von Reparationsleistungen freien Wirtschaft.“

Dies schreibt ein Geschäft, das 10 bis 15 Millionen zu verteilen in der Lage ist, seine Reserve um 5,4 Mill. M. erhöhen konnte und dessen Aufsichtsrat eine Forderung von 432.973 M. erhielt. Man sollte angesichts solcher Profitmächerei eine herabgesetzte Scharfmacher nicht für möglich halten. Doch das Wundern muß man sich in dieser Welt der Profitwirtschaft abgewöhnen.

Überstunden und Arbeitslosigkeit. Der Deutsche Buchdrucker-Verband hat im Hinblick auf den Abschluß neuer Tarifverträge die Meinung herausgegeben, Überstunden über die tariflichen Überstunden hinaus zu verweigern. Da diese Meinung eingehalten wurde, konnten allein in Berlin 600 arbeitslose Buchdrucker eingestellt werden.

August Fischer †. Einen schweren Verlust hat die Arbeiterklasse von A. Krone und Schneidemühl durch den Tod des erst 48jährigen Kollegen August Fischer erlitten. Er schloß sich im Jahre 1897 dem Verbande an. Auf der Wanderschaft kam er nach Halle, wo er im Arbeiterbildungsverein wie kaum ein anderer seine Pflicht tat. Durch eine Verwundung wurde er 1918 in A. Krone festgehalten, wo er durch den Krieg unterbrochene Tätigkeit für den ADGB mit Eifer wieder aufnahm. Als die Zahlstelle infolge mangelhafter Wirtschaftsverhältnisse aufgehoben werden mußte, verzögerte er seine Obliegenheiten unerschrocken weiter. Nur der Tod konnte ihn zur Ruhe zwingen. Mit unsern Kollegen in A. Krone und Schneidemühl werden auch wir dieses unermüdbaren Kämpfers dauernd gedenken.

### Schriftenschau

(Für Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Der Weg der Wirtschaft, wirtschaftspolitische Blätter des Reiches. Berlin NW 40, Wertzstraße 7. Vierteljährlich 2,40 M. Auf der ersten Seite dieser Blätter wird in jedem Monat ein kurzes Überblick über die wirtschaftliche Lage gegeben, dann folgen auf je einem gesonderten Blatt kurze Beschreibungen des Arbeitsmarktes, Geld- und Kapitalmarktes, Warenmarktes, der Preisbewegungen, des internationalen Wirtschaft und der Konzentrationbewegung.

Wehrmacht und Sozialdemokratie. Preis kart. 2,20 M. Gerade zur rechten Zeit erscheint im Verlag F. V. Dieck Nachfolger, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, diese Schrift des früheren österreichischen Reichsministers Julius Deutsch. Genosse Deutsch, ein feiner Kenner der deutschen Gedankenwelt, zeichnet in den ersten Abschnitten seiner Schrift die unglückliche Entwicklung der Umsturzeit und kommt zu dem Ergebnis, daß die deutsche Revolution letzten Endes an dem Gegensatz zwischen passivistischen Gefühlen und revolutionären Notwendigkeiten gescheitert ist. Dieser Gegensatz und Fehler einzelner Verantwortlicher haben mit dazu beigetragen, in der Reichswehr die Reaktion in den Sattel zu heben. Ganz besonders lehrreich ist der Vergleich zwischen dem österreichischen Bundesheer und der deutschen Reichswehr, wobei die demokratische Verfassung Österreichs ausführlich gewürdigt wird, aber auch gleichzeitig Wege für die demokratische Fortentwicklung auf dem Gebiete des Heereswesens gezeigt werden. Für die Reaktion ist die Frage der Reichswehr eine Frage der Macht. Die Republikaner Deutschlands werden gut daran tun, sie gleichfalls nicht anders aufzufassen.

Der Dreher und Schlosser im Maschinenbau unter besonderer Berücksichtigung der Fräzerei. Von Wilhelm Niesel. Mit 364 Abbildungen und 19 Tafeln. Verlag Oskar Reiner, Leipzig. Preis 3,90 M.

### Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphenadresse: Metallvorstand Stuttgart  
Telephon-Nummern: S-A. 628 41, S-A. 628 42, S-A. 639 90

Mit Sonntag dem 27. März ist der 14. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. März bis 2. April 1927 fällig.

Am 3. April 1927 treten die im Statut vom 29. August 1926 enthaltenen Unterführungsätze § 8 Abs. 1 (Reisegeb.), § 9 Abs. 1 (Überfieberungsosten), § 10 Abs. 1 (Erwerbslosenunterstützung) und § 13 Abs. 2 (Sterbegeb.) in voller Höhe in Kraft.

In letzter Zeit sind häufig Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet worden über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung hätten finden können. Meistens war diesen Anfragen ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigelegt.

Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß sich alle Mitglieder an ihre Angelegenheiten zunächst an die zuständige Ortsverwaltung wenden haben. Nur wenn sich hierbei eine befriedigende Erledigung nicht erreichen läßt, ist die Angelegenheit entweder durch die Ortsverwaltung weitergeleitet oder von dem Mitglied selbst unter Beifügung eines Ausweises über die Mitgliedschaft dem Vorstand einzureichen.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Karbach:

Der Dreher Rudolf Brünninghaus, geb. am 25. Mai 1900 zu Hade v. Wald, Mitgliedsbuch Nr. 3.737.747, wegen Unterzahlung von Beitragsmarken.

Gekohlen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 5.709.067, lautend auf den Schleifer Eric Fontaine, geb. am 18. April 1899 zu Barmen. (Stonenberg.) Stuttgart, Röhrestraße 16. Der Verbandsvorsitzende

### Verbandsanzeigen

Bremen. Geschäftsführer gesucht. — Vertretung wird erste Kreis-Bewerber müssen eine langjährige Verbandszugehörigkeit nachweisen mit dem Verbandsleben und dem Arbeitsrecht gut vertraut sein außerdem über gute rednerische Befähigung verfügen. Gehalt nach den Bestimmungen des Verbandstages. — Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, Alter, Beruf, Mitgliedschaftsdauer und Familienverhältnisse sind bis zum 15. April mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Kollegen Oskar Schulz Bremen, Finkenstr. 58/60 zu richten.

Druck und Verlag. Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röhrestraße 16